267. Sitzung des Grossen Gemeinderates

28. Februar 2022, 19:00 Uhr, Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz Oskar Diesbergen, Präsident GGR

Anwesende Mitglieder Die Martin Peter

Mitte Marianne Schlapbach

EDU Martina Käser

EVP Andreas Blaser

Oskar Diesbergen Susanne Frey

FDP Andrea Frost-Hirschi

Stefan Kurth Rino Werren

FS/ Matthias Maibach

GLP Eliane Nef

Simon Schneeberger Fabienne Trummer Rafael Zimmermann

Grüne Manuela Bhend Perreten

Spiez Andreas Jaun

Bernhard Kopp Benjamin Ritter Bernhard Stöckli Laura Zimmermann

SP Kurt Bodmer

Barbara Feuz Sandra Jungen André Sopranetti Franziska Wiedmer

SVP Michael Dubach

Urs Eggerschwiler Thomas Fischer Andreas Grünig Peter Luginbühl Ulrich Zimmermann

Anwesend zu Beginn 31 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig

Vertreter Jugendrat Nils Hirschi

Sekretärin Tanja Brunner

Protokollführer Adrian Zürcher, Cornelia Lehnherr

Presse Jürg Spielmann Berner Oberländer/Thuner Tagblatt

Oliver Landolf Radio BeO

ZuhörerInnen 2 Personen

Vertreter Gemeinderat Anna Fink EVP

Marianne Hayoz Wagner SP
Pia Hutzli FS/GLP
Rudolf Thomann SVP

Rudolf Thomann SVF Anna Zeilstra GS Ursula Zybach SP

Entschuldigt Jolanda Brunner, Gemeindepräsidentin (krank) SVP

Benjamin Carisch (krank)
Peter Gertsch (krank)
SVP
Pascal Grünig (krank)
SVP
Jürg Leuenberger (krank)
EVP
Tatjana Wagner (krank)
SP

ERÖFFNUNG

Der Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, den Vertreter des Jugendrates, die Sekretärin, die Protokollführenden, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 267. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Speziell begrüsst wird Franziska Wiedmer (SP), welche als Nachfolgerin von Roland Müller das erste Mal an einer Sitzung des GGR teilnimmt.

Matthias Maibach, GGR-Präsident 2021 war bekanntlich an der letzten GGR-Sitzung krank. Der Vorsitzende dankt ihm für die geleistete Arbeit und übergibt ihm ein Geschenk in Form einer Flasche Wein und eines Gutscheines des Restaurants Paparazzi, Spiezwiler.

Niklaus darf seit seinem 15. Lebensjahr an der Landsgemeinde teilnehmen. Er nimmt dazu jeweils seine Waffe mit. Nur wehrfähige Männer, welche sich und ihre Heimat verteidigen können, dürfen in öffentlichen Angelegenheiten mitbestimmen. Und nur sie können sich persönlich vor Gericht verteidigen. Die Waffe steht auch für politische Freiheit. Niemals hätten die freien Bauern aus den Alpentälern mit den Bauern im Mittelland tauschen wollen. Es gibt zwar fruchtbarere Böden, aber von ihren Herren im 15. Jahrhundert, zumeist in mittleren und grösseren Städten sind sie entwaffnet worden. Nichts unterscheidet Männer und Frauen im 15. Jahrhundert so sehr wie die Wehrhaftigkeit und die Mitsprache in öffentlichen Angelegenheiten. In anderen wichtigen Lebenslagen galt das Wort der Frauen oft mehr. (Textauszug aus einem Buch über Niklaus von Flüe oder besser bekannt als Bruder Klaus).

Er hat diese Textpassage gewählt, noch bevor Waffen ein grosses Thema waren und Demokratie und Frieden nicht selbstverständlich sind. Er ist froh, dass wir die Waffen hier nicht mitnehmen müssen, um aufzuzeigen, dass wir hier mitbestimmen dürfen. Es ist schön, dass Frauen genauso mitbestimmen dürfen. Dies ist auch etwas anders als im 15. Jahrhundert. Aber die politische Freiheit zu verteidigen ist aktueller denn je. Die Ereignisse der vergangenen Tage in der Ukraine machen uns bewusst, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist. Sie muss immer wieder gestärkt werden und wenn nötig verteidigt. Möglichst nicht durch Gewalt aber durch Vorleben als Vorbild.

In diesem Sinne freut er sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit, auch wenn man nicht immer gleicher Meinung ist und dass man die Demokratie lebendig gestalten und Spiez weiterhin gestalten und beleben kann. In diesem Sinne freut er sich auf das kommende Jahr als GGR-Präsident.

Traktandenliste

- 81 Protokoll der Sitzung vom 22. November 2021
- 82 Informationen aus dem Gemeinderat
- 83 Neue Einfache Anfragen
- 84 GGR und Gemeinderat erneut Strukturen überprüfen / Einfache Anfrage S. Jungen (SP)
- 85 Überbleibsel Freiwilliger Schulsport / Einfache Anfrag B. Carisch (EDU)
- 86 Jetzt angemessene Steuererleichterungen in der Gemeinde erarbeiten / Motion A. Frost-Hirschi (FDP)
- 87 Flexible Sitzgelegenheiten / Motion T. Wagner (SP)
- 88 Schulwegsicherung in der Gemeinde Spiez /Abschreibung Motion J. Wenger (JL/GFL-Fraktion)
- 89 Überprüfung der Behörden und Verwaltungsorganisation / Abschreibung überparteiliches Postulat (A. Grünig)
- 90 ÖV-Verbindung Bucht Bahnhof / Abschreibung Postulat EVP-Fraktion (M. Wenger)
- 91 Neueingänge parlamentarischer Vorstösse

Verhandlungen

81 13 Protokoll

Protokoll der Sitzung vom 22. November 2021

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

82 1.401 Gemeindepräsident Informationen aus dem Gemeinderat

Genehmigung Strassenplan Oberlandstrasse

Ursula Zybach: Die Gemeinde hat eine Verfügung von Regierungsrat Christoph Neuhaus zur Umgestaltung Oberlandstrasse erhalten. Die nachträgliche Projektänderung zum Strassenplan vom 5. Februar 2015 wurde genehmigt. Man kommt somit bei diesem langen, schönen und spannenden Projekt einen Schritt weiter. Zur Erinnerung: Am 5. Februar 2015 wurde der Strassenplan bereits einmal genehmigt. Anschliessend wurde eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde eingereicht. Diese wurde abgelehnt. Die unterlegenen Beschwerdeführenden haben anschliessend eine weitere Diskussion verlangt. Dies wurde aufgenommen und am 28. Juni 2017 fand ein Gespräch statt. Die Gemeindepräsidentin hat zusammen mit den Beschwerdeführenden, der Bauherrschaft und dem Projektverfasser neue Ansätze gesucht. Es gab eine neue Variante. Auf ein Mitwirkungsverfahren wurde verzichtet. Man hat aber viele Berichte eingeholt von verschiedenen kantonalen Ämtern, der Gemeinde, von Procap sowie vom Blinden- und Sehbehindertenverband. Danach fand eine öffentliche Auflage vom 18. Januar bis 19. Februar 2021 statt. Es gingen wieder verschiedene Eingaben sowie drei Beschwerden respektive Einsprachen ein. Diese wurden mit den Einsprechenden diskutiert und wurden nun als gegenstandslos abgeschrieben. Es gab auch Eingaben von Pro Velo Bern und vom VCS, welche berücksichtigt wurden. Beim nun vorliegenden genehmigten Projekt sind die wichtigsten Änderungen, mehr Parkfelder, hindernisfreie Bushaltekanten, die vorgesehenen Randabschlüsse sollen mit schrägen Randsteinen erfolgen, flache Trottoirüberfahrten sowie eine gute Kennzeichnung der Einfahrten berücksichtigt. Für sie ist es schmerzhaft, dass die im ursprünglichen Projekt vorgesehenen Bäume und Nischen verloren gehen. Vielleicht kann dies im Traktandum Nr. 7 noch angepasst oder verändert werden.

Teilrevision Gemeindepersonalverordnung

Durch die Verabschiedung des Personalreglementes vom 1. März 2021 durch den GGR hat man die unterschiedlichen Arbeitsbelastungen der Gemeinderatsmitglieder bereits einmal diskutiert. Dazu kann man auch im Traktandum Nr. 4 mehr lesen. Der Gemeinderat hat im März 2021 orientiert, dass auch die Gemeindepersonalverordnung angepasst wird und die Gemeinderatsmitglieder für die Leitung von Arbeitsgruppen und Projektsitzungen ein doppeltes Sitzungsgeld erhalten. Nach dem ersten Jahr der Legislatur hat der Gemeinderat eine Auswertung gemacht. Dabei wurde festgestellt, dass mit den Sitzungsgeldern sowie der Pauschalentschädigung die unterschiedliche Arbeitszeitbelastung der einzelnen Ressorts zwar sichtbar sind, aber nicht das widerspiegelt, was die einzelnen Gemeinderatsmitglieder leisten. Deshalb hat der Gemeinderat beschlossen, noch einen Schritt weiterzugehen. Neu werden die Leitung von Kommissions- und Ausschusssitzungen mit einem doppelten Sitzungsgeld entschädigt. Einzelne Gemeinderatsmitglieder haben alle zwei Wochen eine Kommissionssitzung und andere vielleicht nur drei bis vier Mal pro Jahr. Deshalb musste die Gemeindepersonalverordnung angepasst werden. Im Weiteren hat der Gemeinderat beschlossen, eine Arbeitszeiterfassung einzuführen. Damit können die Belastungen noch besser aufgezeigt werden. Diese soll für die Prüfung der Struktur des Gemeinderates als Grundlage dienen. Es ist aber jetzt schon klar, dass eine gerechte Entschädigung in einem Milizsystem schwierig zu realisieren ist. Der Gemeinderat gibt dem Projekt für eine neue Struktur des Gemeinderates eine hohe Priorität. Bis in einem Jahr sollten die Zahlen vorliegen und es wird auch hier weitere Informationen geben. Auch die Parteien und Fraktionen sollen über dieses Geschäft (zukünftige Struktur des Gemeinderates) auf dem Laufenden gehalten werden.

83 1.304 Einfache Anfragen Neue Einfache Anfragen

Es sind keine neuen Einfachen Anfragen eingereicht worden.

1.304 Einfache Anfragen GGR und Gemeinderat - erneut Strukturen überprüfen / Einfache Anfrage S. Jungen (SP)

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Sandra Jungen zeigt sich mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden.

85 1.304 Einfache Anfragen Überbleibsel Freiwilliger Schulsport / Einfache Anfrag B. Carisch (EDU)

Ausführungen des Gemeinderates

86

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Martina Käser informiert, dass sich Benjamin Carisch mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden zeigt.

1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen

Jetzt angemessene Steuererleichterungen in der Gemeinde erarbeiten / Motion A. Frost-Hirschi (FDP)

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Zybach: Seitens des Gemeinderates dankt sie für die Verschiebung des Geschäfts auf die heutige Sitzung.

Auf die heutige Sitzung hat Andrea Frost-Hirschi eine Anpassung vorgenommen. Die Änderung im ersten und vierten Abschnitt lauten:

Der Gemeinderat wird beauftragt eine Vorlage auszuarbeiten, die Steuererleichterungen für natürliche wie für juristische Personen enthält. Grundlage bilden die Gemeindesteuerbelastungsvergleiche der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Ziel ist eine Steueranlage zwischen 1.50 bis 1.60.

In der Gemeinde Spiez konnten, auch, aber nicht nur dank sorgfältigem Umgang mit vorhandenen Ressourcen, in den letzten Jahren stets positive Rechnungsabschlüsse erzielt werden. Daran sollen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – Private und Gewerbe – in angemessenem Rahmen teilhaben können.

Die Änderung verleiht der Motion etwas mehr Boden, es weist in welche Richtung es gehen könnte. Sie glaubt trotzdem, dass eine Steueranlage zwischen 1.50 bis 1.60, für den Gemeinderat nicht stimmt, es ist nicht diese Richtung, welche mit den Spiezer Gemeindefinanzen und Steuergeldern eingeschlagen werden soll. Steuererleichterungen bei einem jährlichen Einkommen zwischen CHF 50'000 und CHF 100'000, würde der Gemeinderat grundsätzlich gerne machen und findet auch, dass gewisse Bevölkerungsgruppen entlastet werden sollten. Die Gemeinde kann dies schlicht und einfach nicht machen, da es nicht in der Kompetenz der Gemeinde liegt, dies sind Vorgaben des Kantons und des Bundes. Die angemessene Steuererleichterung ist durch die Änderung der Steueranlage zwischen 1.50 und 1.60 jetzt etwas definiert. Was eine Steuerfusssenkung konkret bedeuten würde, muss abgeschätzt werden. Das Grundanliegen kann nicht erfüllt werden, im Gegenteil, wenn der Steuerfuss auf beispielsweise 1.60 angesetzt würde, würden vor allem die hohen Einkommen entlastet. Diese merken es als Erstes, wenn der Steuerfuss gesenkt wird. Spiez hat sehr viele Bürgerinnen und Bürger, welche gar keine Steuern bezahlen. Diese würden eine Steuerfusssenkung nicht bemerken. Für Bürgerinnen und Bürger, welche wenig Steuern bezahlen, ist der Steuersatz eine so kleine Veränderung, dass die Gemeinde ihnen nicht gerecht werden kann. Das Anliegen, Rentnerinnen und Rentner sowie Familien zu entlasten, wie es die Motionärin aufgeführt hat, kann mit einem tieferen Steuersatz nicht erreicht werden. Wir stecken in der Covid-Pandemie, wo getan wird wie sie bereits vorbei wäre. Beim Betrachten der Zahlen wird jedoch bemerkt, dass die Pandemie noch da ist. Dasselbe gilt bei den finanziellen Auswirkungen, wir wissen nicht, wo uns dies hinführt und welche Veränderungen dies mit sich bringt. Ein wichtiger Punkt, welcher sie immer beim Thema Budget oder Rechnung speziell erwähnt, ist, dass die Gemeinde Spiez einen grossen Investitionsbedarf hat. Die Resultate sehen mit Sicherheit alle, so wie der neue Lötschbergsaal hier, welcher ein neues Ambiente hat und gleichzeitig tiefere Energiekosten schafft. In der nächsten Zeit müssen viele Investitionen vorgenommen werden. Wenn jedoch der Steuerfuss auf beispielsweise 1.60 gesenkt wird, die hohen Einkommen stark entlastet und die tiefen Einkommen praktisch nicht entlastet werden, kann sich die Gemeinde keine Investitionen mehr leisten. Die Gemeinde braucht die Selbstfinanzierung, welche mit einer Steuersenkung nicht generiert wird. Trotz Konkretisierung der Motionärin bleibt der Gemeinderat dabei und beantragt, die Motion nicht zu überweisen.

Andrea Frost-Hirschi (FDP): Sie erwähnt, dass ihr Anliegen, trotz der heutigen weltpolitischen Situation, nicht als wahnsinnig wichtig erscheint. Es scheint alles ziemlich unwichtig, wenn man sieht, was an anderen Orten geschieht, wo Menschen in U-Bahnschächten übernachten oder mit ihren Kindern auf der Flucht sind. Ihr ist wohl bewusst, dass alle unsere Anliegen heute Abend auf einem sehr hohen Niveau sind. Trotz allem denkt sie, dass es gelebte Demokratie ist, Anliegen zu diskutieren und verschiedene Sachen einander darzulegen, aber es ist wichtig, denn hier leben wir

das. Andernorts werden Leute verfolgt, welche sich sehr für ihre Anliegen einsetzen. Uns ist dieser Druck gar nicht mehr bewusst. Dies als Vorwort.

Wie gesagt, diese Motion war bereits im November traktandiert. Sie hat das Geschäft zu Gunsten der Klimadiskussion zurückgezogen, was in ihren Augen auch ein wichtiges Thema war. Ursula Zybach hat ihre Anpassung des Textes bereits erwähnt. Sie möchte dazu sagen, dass sie mit der Antwort des Gemeinderates nicht glücklich ist. Eigentlich ist dies eine Ablehnung ohne jegliche Alternative und ohne durchaus berechtigtes Anliegen von möglichen Steuerentlastungen, man lehnt dies einfach mal ab. Die Steuererträge von Gemeinden und Kanton steigen kontinuierlich, das sollte uns klar sein. Dies bedeutet ja nichts anderes, als dass die finanzielle Belastung der Steuerpflichtigen nicht sinkt, sondern stetig steigt. Dies hat mit den neuen Bewertungsgrundlagen der Liegenschaften zu tun und so weiter, also, die Gemeindeeinnahmen steigen effektiv. Das Argument der Corona-Pandemie stimmt nicht, unsere Gewerbe und vor allem der Tourismus hat durch eine gewisse Verlagerung die besten Jahre aller Zeiten gehabt. Wir hier sind, Gott sei Dank, nicht betroffen, daher gilt das Argument ganz sicher nicht. Das heisst, dass die heutigen Steuerpflichtigen, Private und Gewerbe, defacto immer mehr bezahlen. Die Einnahmen der Gemeinde nehmen dadurch automatisch ständig zu. Dass der Kanton Bern das Problem ist, wenn man das so sagen will, stimmt natürlich. Das soll unsere Gemeinde aber aus unserer Sicht nicht davon abhalten, dass wir aktiver an unserer eigenen Zukunft arbeiten, auch an unserer finanziellen Zukunft. Spiez ist keine Insel. Es muss uns interessieren, dass das steuerbare Einkommen, vor allem zwischen CHF 50'000 und CHF 100'000, so unterschiedlich besteuert wird, auch innerhalb des Kantons Bern. Um ein paar Beispiele zu nennen:

Die Gemeindesteuern in Spiez eines Einkommens von CHF 50'000 CHF 1'646 und von CHF 100'000 betragen CHF 4'925.

In Ittigen betragen die Gemeindesteuern bei CHF 50'000 CHF 400 weniger, in Belp und Moosseedorf CHF 300 weniger. Das muss nicht unbedingt sein.

Von interkantonalem Vergleich ist nicht zu sprechen. Sie rechnet meist mit zwei Gemeinden, welche sie gut kennt: Bottmingen BL, wo sie aufgewachsen ist und Wettingen AG, wo ein Teil ihrer Familie lebt. Im Vergleich zu Spiez sind die Gemeindesteuern bei einem Einkommen von CHF 50'000 in Wettingen CHF 994 tiefer, bei CHF 100'000 CHF 4'169 tiefer und in Bottmingen, welches heute auch kein Steuerparadies mehr ist, CHF 453 tiefer, respektive CHF 3'016 tiefer. Auch sie findet Spiez die schönste Gemeinde der Welt, trotz allem ist sie immer noch der Meinung, in Spiez lebt nur wer nicht rechnen kann oder wem es sehr gefällt. Juristische Personen tragen in Spiez nur 5% der Steuern bei. Warum ist das so? Auch darüber müssen wir uns und der Gemeinderat Gedanken machen, für die Zukunft, für Arbeitsplätze, nicht heute, sondern Morgen und für ein in Zukunft ausgeglichenes Steueraufkommen. Es geht nicht um Private, sondern auch um das Gewerbe.

Wie gesagt, die Antwort des Gemeinderates macht sie nicht glücklich. Sie ist sich bewusst, es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderates sie glücklich zu machen, aber es ist wichtig, dass wir eine positive Grundtendenz für Private und Unternehmungen haben, um sich hier anzusiedeln, Stichwort Entwicklungskonzept. Aus ihrer Sicht braucht Spiez das dringend. Das ist der Sinn ihrer Motion und den elf Mitunterzeichnenden. Es ist ihr wichtig zu betonen, dass ihre Motion kein Misstrauensvotum gegen den Gemeinderat oder die Finanzverwaltung ist. Ihr ist klar, dass diese saubere Arbeit leisten und das Geld nicht aus dem Fenster werfen. Ihre Motion ist der berechtigte Auftrag zur Erarbeitung von gesetzlichen Grundlagen, welche die einseitige Steuersituation längerfristig verbessern soll. Wie gesagt, von der Antwort des Gemeinderates ist sie nicht erfreut, aber die folgende Frage steht für sie im Zentrum: Wer dient eigentlich wem? Sind es Bürgerinnen oder Bürger, welche der Gemeinde dienen oder ist es das Gemeindewesen, welches seinen Bürgerinnen und Bürger und dem Gewerbe dienen muss. Wir müssen uns bewusst sein, der Schreiner, die Pflegefachfrau und Teilzeitmitarbeitenden bezahlen unsere Sitzungsgelder, unsere elektrischen Fahrzeuge und unsere Saalrenovation. Dort kommt es darauf an, ob man CHF 500 oder 4'000 weniger Steuern bezahlt im Jahr. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen eine Steuererleichterung spüren, dies ist ihr schon klar, wer keine Steuern bezahlt, muss auch nicht entlastet werden. Es ist klar, je mehr Steuern jemand bezahlt desto mehr spürt er dies, aber das hat mit dem Steuersystem zu tun, aber es ist nicht so, dass jemand mit CHF 50'000, dies ist nicht ein übertriebenes Einkommen, dass er oder sie das spürt, das ist das eigentliche Ziel. Das ist der Grund für die Motion. Deshalb ist sie sehr auf die inhaltlichen Stellungnahmen der Fraktionen gespannt.

Andrea Frost-Hirschi ändert ihre Motion wie folgt ab:

<u>Absatz 1</u>: Der Gemeinderat wird beauftragt eine Vorlage auszuarbeiten, die Steuererleichterungen für natürliche wie für juristische Personen enthält. Grundlage bilden die Gemeindesteuerbelastungsvergleiche der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Ziel ist eine Steueranlage zwischen 1.50 bis 1.60.

<u>Absatz 4</u>: In der Gemeinde Spiez konnten, auch, aber nicht nur dank sorgfältigem Umgang mit vorhandenen Ressourcen, in den letzten Jahren stets positive Rechnungsabschlüsse erzielt werden. Daran sollen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – Private und Gewerbe – in angemessenem Rahmen teilhaben können.

Fraktionssprecher

André Sopranetti (SP): Im Voraus möchte er die Vorworte von Andrea Frost-Hirschi unterstützen, im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine und was hier diskutiert wird. Die Demokratie muss gepflegt werden und wir müssen hoffen, dass es sich im Osten wieder beruhigt.

Die Fraktion der SP wünscht sich ebenfalls eine Steuerentlastung bei tiefen Einkommen, wie es im dritten Absatz der Motion steht, damit Familien mit Kindern und Rentnerinnen und Rentner mit tiefem Einkommen entlastet werden. Die Antwort des Gemeinderates sowie die Erläuterungen von Ursula Zybach, die Senkung von 1.50 – 1.60, kann man als umgedrehte Giesskanne oder Giesskanne mit unterschiedlich grossen Löchern betrachten. Das Werkzeug ist das falsche. Wenn wirklich auf Steuereinnahmen verzichtet werden soll zugunsten von tiefen Einkommen, kann dies nicht mit einer allgemeinen Steuersenkung gemacht werden. Dies unterstützt die Fraktion der SP so nicht. Es soll ein neues Werkzeug kreiert werden, welches die definierten Ziele erreicht. Die Fraktion der SP wird in Zukunft für eine zielgerichtete Steuersenkung ein offenes Ohr haben, aber diese Motion ablehnen.

Susanne Frey (EVP): Auch die Fraktion der EVP hat über die Motion diskutiert und ist der Meinung, dass der Gemeinderat bei jedem Budget anhand der aktuellen Zahlen prüft, ob eine Reduktion angemessen ist oder nicht. Eine seriöse Anpassung des Steuerfusses, basiert auf der Grundlage der Jahresrechnung und dies ist im Moment nicht gegeben. Sollte die Gemeinde einen kleinen Spielraum für steuerliche Entlastungen haben, wäre es zielführender, die Einkommenssteuer und nicht die Liegenschaftssteuer zu entlasten. Der Entscheid einer tatsächlichen Steuersenkung wird nach dem Budget gefällt. Durch die Unsicherheiten von Corona ist noch nicht bekannt, wie die Auswirkungen auf unsere Gemeindekasse fallen. Sie ist mit Andrea Frost-Hirschi's Aussage nicht einverstanden, dass dies keine Auswirkungen haben wird. Deshalb erachtet es die EVP-Fraktion kurzfristig nicht als angebracht, eine Gemeindesteueranlage zu senken und die Motion zu überweisen. Sie vertrauen dem Gemeinderat, dass er finanzielle Entwicklungen der Gemeinde Spiez immer sorgfältig plant und es macht für sie keinen Sinn, mehr Aufwand als nötig zu fordern. In diesem Sinne wird die EVP-Fraktion auch die neu formulierte Motion nicht unterstützen.

Simon Schneeberger (FS/GLP): Oskar Diesbergen hat mit einem Zitat begonnen, er möchte gleich so weiterfahren. Ein grosser Dichter hat einst gesagt: "Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust", eigentlich in der Brust des Freien Spiez. Aus deren Sicht ist es richtig und wichtig, dass über Steuersenkungen diskutiert wird, vor allem dann, wenn die Finanzen so weit sind, dass Sparpotential gesucht wird und man sich von alten Zöpfen trennt. Aber, die FS/GLP-Fraktion ist klar der Meinung, dass mit Steuergeldern sparsam umgegangen wird. In guten Jahren müssen Rücklagen

angeschafft werden, welche man in schlechten Jahren benützen kann. Ursula Zybach hat vorhin erwähnt, dass der Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinde Spiez nicht gross ist. Investitionen stehen an, zum Beispiel die Massnahmen gegen den Klimawandel, dies wiederum ergibt Arbeit für unser Gewerbe. Ein grosser Teil unserer Steuern geht zurück an die Bevölkerung, sei es an die Schulen, und Vereine. Wenn auf der Seite der Einnahmen nichts mehr viel eingebracht wird, muss auf der Ausgabenseite gestrichen werden. Er möchte nicht derjenige sein, der den Rotstift ansetzt. Ein wichtiges Anliegen der Fraktion war das Beispiel einer grossen Gemeinde in der Agglomeration Bern, welche schon längere Zeit die Steuern erhöhen möchte, da die Finanzen nicht mehr reichen. Die Gemeinde ist kurz davor unter die Kantonalen Zwangsverwaltung zu geraten. Das hingegen möchte er in Spiez nicht erleben.

Er möchte noch eine kleine Anekdote erzählen: Bei der letzten Steuersenkung hat er seine Freude auf Facebook verkündet. Prompt hat Ursula Zybach zurückgeschrieben, mehr als für ein Bierchen reiche dies jedoch nicht aus. Jetzt sei er älter und im Spiezer-Parlament und sehe die Sachlage etwas anders.

Er dankt Andrea Frost-Hirschi für die Motion. Die FS/GLP-Fraktion empfiehlt die Motion nicht anzunehmen.

Bernhard Kopp (GS): Die Grünen haben über die Motion der ersten Fassung gesprochen und hätten eine schöne Antwort gehabt, welche er Andrea Frost-Hirschi bereits mitgeteilt hat. Die Entlastung der mittleren und niederen Einkommen wäre der GS-Fraktion sympathisch, aber sie sehen nicht, dass dies mit dieser Motion erfüllt werden kann. Zudem leben wir in sehr unsicheren Zeiten und wissen nicht was betreffend Flüchtlinge und Ausgaben auf uns zukommt, er hofft, dass dies nicht so schlimm ausfallen wird. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Motion in der jetzigen Lage quer in der Landschaft steht, auch wenn er gerne weniger Steuern bezahlen würde. Wenn die Möglichkeit gegeben wäre, niedrige Einkommen zu entlasten, wäre er der Erste, der dies befürworten würde. Aber so, wie die Motion im Moment vorliegt, können die Grünen nicht zustimmen.

Allgemeine Diskussion

Martin Peter (Die Mitte): Er war erstaunt, dass der Gemeinderat diese Motion überhaupt beantwortet hat. In seinen Augen ist dies eine unechte Motion, welche gar nicht in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, Änderungen vorzunehmen. Dazu hätte er gerne eine Antwort, warum dies eine echte Motion sein soll. Warum wir im Kanton Bern viel Steuern bezahlen, liegt an einer nicht gerade schlechten Führung, aber an den komischen Strategien. Er hat heute vernommen, dass es im Kanton Bern drei verschiedene Lehrmittel für den Französischunterricht gibt und jede Schule sich eines aussuchen kann, was alles Kosten verursacht.

Wie bereits mehrmals erwähnt wurde, leben wir in einer schwierigen Zeit und wissen nicht was Morgen, in einer Woche oder in einem Jahr ist. Er könnte sich gut vorstellen, dass es in einem Jahr hier ganz anders aussieht. Letzte Woche hat er von einem grossen Verpackungshersteller gehört, dass Verpackungsschachteln nicht lieferbar sind, da Karton aus Finnland nicht verfügbar ist.

Ursula Zybach: Zur Frage der unechten Motion war beim Gemeinderat Thema. Der Gemeinderat hat jedoch entschieden, dass man über eine Steuersenkung diskutieren kann, obschon es in der Motion Themen hat, welche nicht in der Kompetenz der Gemeinde liegen.

Zur Frage von Andrea Frost-Hirschi: Der Gemeinderat ist nicht der Kanton. Die Gemeinde Spiez hat kein eigenes Spiezer-Steuergesetz, wo er im Artikel 3 dies und im Artikel 4 jenes ändern kann. Es liegt eine kantonale Gesetzgebung vor. In der Schweiz herrscht ein irrwitziger Steuerwettbewerb. Dann gibt es noch den Finanzausgleich, bei dem wir versuchen elegant durchzukommen, dabei braucht es diesen. Vielleicht sollte hier gelernt werden, dass hier viel gespart werden könnte,

wenn die Kantone anders unterwegs wären. Aber dies ist nicht die Angelegenheit der Gemeine Spiez.

Die Gemeinde kann Steuern senken auf 1.50 oder 1.60. Spiez hat aktuell einen Steuerfuss von 1.65, Thun von 1.72 und Interlaken von 1.67. Die Liegenschaftssteuer wurde erwähnt, ist aber nicht explizit ein Thema in der Motion, sie ist etwas komplett anderes, jedoch auch ein Thema, welches in Spiez aktuell thematisiert wird. In Spiez beträgt die Liegenschaftssteuer 1.1‰, in Thun 1.2‰ und in Interlaken 1.5‰. Schlecht steht die Gemeinde Spiez im regionalen Vergleich nicht da. Da in allen Kantonen ein anderes System herrscht, kann kein Vergleich mit Bottmingen oder Wettingen gezogen werden.

Zur Coronapandemie: Ja, die letzten zwei Jahre sind gut verlaufen im Tourismus. Aber was passiert hier? Kommen alle Schweizerinnen und Schweizer weiterhin nach Spiez oder wollen sie wieder ins Ausland? Dies ist ungewiss. Angesprochen wurde der geringe Steuerertrag der Juristischen Personen. Das macht die Gemeinde Spiez immer ruhig in Situationen wie Corona, da wir nicht von einzelnen Firmen abhängig sind. Mit der Anlaufstelle Gewerbe, welche der SMAG angehängt ist, werden Gespräche geführt und geschaut wer sich hier ansiedeln könnte. Aber auch hier kann keine Steuerpolitik vorgenommen werden, weil es keine Spiezer-Steuerpolitik gibt. Ja, über Steuersenkungen soll diskutiert werden, aber gelichzeitig muss betrachtet werden was investiert wird. Sie dankt allen, welche ihre Steuererklärungen immer korrekt ausfüllen, nichts verheimlichen, keine Schlupflöcher nutzen, versteuern und bezahlen und der Gemeinderat gibt sich Mühe, diese Gelder ganz bewusst, gezielt und sorgfältig auszugeben.

Andrea Frost-Hirschi (FDP): Es ist klar, Demokratie ist eine Herausforderung. Die Steuereinnahmen der Gemeinde steigen aufgrund der höheren Bewertungen der Liegenschaften. In Spiez gibt es wenig Hochfinanz. In Spiez gibt es relativ viele Leute, welche keine Steuern bezahlen. Man muss sich gut überlegen, damit die Gemeinde Spiez attraktiv bleibt. Die Motion hat zwei Zielsetzungen. Das einte ist eine Entlastung auf der anderen Seite soll die Attraktivität gefördert werden. Es soll ein Zeichen sein, dass man dies so will. Sonst wird es nicht gelingen, Firmen anzusiedeln, welche Arbeitsplätze anbieten. Die Auswirkungen der Pandemie sind ein Argument ohne Grundlage. Die Steuereinnahmen steigen. Bei Investitionen für den Klimawandel ist Spiez nicht attraktiv aufgrund der Rahmenbedingungen. Dies müssen wir uns bewusst sein. Im Kanton Bern gibt es nicht nur Gemeinden, welche zwangsverwaltet werden oder Steuern erhöhen. Es gibt auch Gemeinden, welche die Steuern senken. Zum absolut hirnrissigen Argument der unechten Motion. Bei einer unechten Motion handelt es sich um ein Anliegen, bei welchem die Gemeinde keine Kompetenz hat. Wenn eine Gemeinde keine Kompetenz mehr haben sollte, den eigenen Steuerfuss zu bestimmen und man nicht über den eigenen Steuersatz diskutieren darf, findet sie «unterste Schublade». Die Motion hat zum einen das Ziel der Entlastung und das andere die Erhöhung der Attraktivität.

Andreas Grünig (SVP): Eine Steuersenkung muss nicht de facto weniger Steuereinnahmen bedeuten. Die gesteigerte Attraktivität zieht Leute an und es gibt schlussendlich mehr Steuereinnahmen. Es kann schon ein bis zwei Jahre sein, dass es weniger Steuereinnahmen gibt. Danach aber steigen diese wieder an. Dies konnte in verschiedenen Gemeinden festgestellt werden. Dies konnte auch bei der letzten Steuersenkung in Spiez beobachtet werden. Es wird immer wieder von den Liegenschaftssteuern gesprochen. Er findet dies nicht fair, wenn man dies hier ins Feld führt. Dies ist ein anderes Thema. Hier spricht man vom Steuersatz.

Ursula Zybach: Zur Frage betreffend unechte oder echte Motion kann ausgeführt werden, dass der Steuerfuss erst in dieser Version der abgeänderten Motion eingebracht wurde. Steuererleichterungen kann die Gemeinde nicht machen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die abgeänderte Motion von Andrea Frost-Hirschi (FDP) betreffend «jetzt angemessene Steuererleichterungen in der Gemeinde erarbeiten» wird nicht überwiesen.

87 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen Flexible Sitzgelegenheiten / Motion T. Wagner (SP)

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Zybach: Die Begründungen, warum solche flexiblen Sitzgelegenheiten geschaffen werden sollen, sind in den Erläuterungen enthalten. Einige Sitzgelegenheiten kann man auf dem Land der Gemeinde realisieren. Man könnte aber auch solche auf privatem Boden realisieren. Man müsste aber zuerst mit den Landbesitzenden das Gespräch suchen, um zu schauen, welche Möglichkeiten es gibt. Der Gemeinderat empfiehlt, die Überweisung der Motion.

Stellungnahme der Mitunterzeichnerin

Sandra Jungen: Sie vertritt die Motionärin, welche heute nicht anwesend sein kann und verliest ihren Wortlaut. Die Motionärin und die SP-Fraktion danken dem Gemeinderat und allen anderen Beteiligten für die sehr positive und zum Teil schon konkrete Antwort auf die Motion. Man ist davon überzeugt, dass man dank dieser Motion auf einfache und flexible Weise verschiedene Plätze in Spiez attraktiver machen können. Besonders wichtig dabei ist, dass auch die nicht zentralsten Plätze und Nischen in Spiez in ein wiedererkennbares Konzept eingebunden werden. Deshalb ist es etwas schade, dass in der Pilotphase nur zentrale und relativ gut genutzte Plätze ausgewählt wurden. Man hofft, dass in einem nächsten Schritt auch Plätze eingebunden werden, welche sich in direkter Nähe zu Läden, Büros und Arztpraxen liegen und der Aufwand nicht gescheut wird, mit den Grundeigentümern Kontakt aufzunehmen. Der GGR wird gebeten die Motion zu überweisen, wenn man in der Mittagspause gerne einmal irgendwo hinsitzt, etwas isst oder sich mit jemandem unterhalten will. Sowohl viele Touristinnen und Touristen sowie die Spiezer Bevölkerung werden profitieren und ihre Ortschaft beleben und geniessen.

Fraktionssprecher

Ulrich Zimmermann (SVP): Ideen sind grundsätzlich begrüssenswert. Es stellt sich aber die Frage, ob jede parlamentarische Idee von der öffentlichen Hand aufgenommen oder ob gute Ideen mit Eigeninitiative umgesetzt werden. Der erste Weg ist bequem und praktisch ohne Anstrengung und Verantwortung. Der zweite Weg braucht viel mehr Kraft und Ausdauer und Verantwortung. Die SVP-Fraktion ist in diesem Fall klar der Meinung, dass der zweite Weg der richtige ist. Eigeninitiative, Zeit, Geld und Wille. Am Resultat kann man sich dann umso mehr freuen und wer weiss, ob der Mehrwert für die Bevölkerung nicht grösser ist. Man ist sich bewusst, dass der finanzielle Aufwand zum Gesamtaufwand der Gemeinde vernachlässigbar ist. Es geht aber um den Grundsatz Notwendiges vor Wünschbaren. Die Gemeinde hat ihre Hausaufgaben gemacht und stellt flexible Sitzgelegenheiten zur Verfügung und schaut zum entsprechenden Unterhalt. Man könnte sich vorstellen, dass bei einem privaten Projekt der Unterhalt später an die Gemeinde übergehen könnte im Zuge der anderen Sitzgelegenheiten. Als gewählte Volksvertreter ist man verpflichtet, sorgsam mit den anvertrauten Steuergeldern umzugehen. Auch der Gemeinderat betont dies immer wieder. Man hat den Eindruck, dass dies in den letzten Jahren gelungen ist. Man sollte sich bei Wünschbarem zurückhalten. Mittelfristig müssen die Steuerzahlenden entlastet werden und eine Senkung des Steuerfusses ist anzustreben. Zudem stehen nicht absehbare Kosten mit der Forderung Netto 0 bis 2040 an. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab, nicht die Idee an sich, sondern dass die Gemeinde diese Aufgabe übernehmen soll. Bern wird nicht als gutes Beispiel gesehen. Dort läuft es nach bürgerlicher Sicht politisch falsch und wird sich finanziell noch bitter rächen.

Laura Zimmermann (GS): Flexible Sitzgelegenheiten springen überall immer mehr aus dem Boden. Man sieht mit dieser Motion Potenzial, dass dies der Startschuss für ein Gesamtkonzept ist, wo öffentliche Plätze aktiviert, soziale Kontakte anregen und zudem ein Wiedererkennungsmerkmal für das gesamte Gemeindegebiet sein kann. Es gibt viele funktionierende Beispiele, mehr in den grösseren Städten. Aber was die können, können wir auch, wie zum Beispiel der Sechseläutenplatz in Zürich, das Sulzer-Areal in Winterthur oder in St.Gallen. Man begrüsst die zeitnahe Umsetzung und man hofft, dass das Projekt Anklang findet bei der einheimischen Bevölkerung und auch bei den Besucherinnen und Besuchern von Spiez. Die GS-Fraktion kann der Überweisung der Motion zustimmen.

Allgemeine Diskussion

Marianne Schlapbach (Die Mitte): Die Mitte wird die Motion unterstützen. Leider wird nicht angegeben, wie viele blaue Stühle zirka geplant sind und welche Kosten durch die Anschaffung verursacht werden. Die Mitte befürwortet den Versuch an den zwei vorgeschlagenen Standorten im Buchtareal und auf dem Rasenplatz vor der reformierten Kirche, das unter der Beachtung der angegebenen Punkte. Für sie persönlich stellt sich die Frage, wer denn die Stühle wieder zurückbringt, falls sie anstatt in der Bucht plötzlich im Rebberg oder statt auf dem Rasenplatz vor der Kirche auf dem Friedhof stehen. In der Annahme, dass ein paar der Stühle verpflanzt werden, setze sie hier ein Fragezeichen. Ausserdem fragt sie sich, ob es günstig ist, auf der Kirchwiese Metallstühle hinzustellen - das erstens im Hinblick auf die Rasenpflege und zweitens auch im Hinblick auf spätabendliche Störungen durch unerschrockene Mitmenschen. Weil der Aufwand organisatorisch und finanziell so klein ist, befremdet es den Vorstand der Mitte, dass der Grosse Gemeinderat sich mit dem Thema einer Anschaffung von einigen wenigen Stühlen befassen muss. Man ist gespannt, wie viele private Landbesitzende in Zukunft motiviert werden können, ihre Flächen zur Verfügung zu stellen.

Ursula Zybach: Man wird auf die Erfahrungen anderer Gemeinden zurückgreifen, dass die Stühle nicht einfach so vom ursprünglichen Standort entfernt werden können. Es handelt sich nicht um eine grosse Investition und man hat sich bereits Gedanken betreffen Schneeräumungen etc. gemacht. Es gibt viele Fragestellungen. Die Idee der Eigeninitiative hat ihre Limiten und es macht eher Sinn ein Gesamtkonzept über die Gemeinde zu erstellen, wenn die Motion so überwiesen wird.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion T. Wagner (SP) betreffend flexible Sitzgelegenheiten wird überwiesen.

88 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen Schulwegsicherung in der Gemeinde Spiez /Abschreibung Motion J. Wenger (JL/GFL-Fraktion)

Ausführungen des Gemeinderates

Pia Hutzli: Nach dem die Planung von «Let's swing» und der Lötschbergkreuzung abgeschlossen ist, kann diese Motion abgeschrieben werden. Die Abschreibung hätte eigentlich bereits im Jahre 2011 erfolgen sollen. Im Jahr 2011 hätte die Umgestaltung der Oberlandstrasse erfolgen sollen. Leider konnten keine Verbesserungen für Velofahrende beim Lötschbergplatz ohne bauliche Massnahmen umgesetzt werden. Die baulichen Massnahmen hat man deshalb zusammen mit dem Projekt «Let's swing» geplant. Die Planung der Lötschbergkreuzung und der Oberlandstrasse hat sich aufgrund der Einsprachen und Beschwerden in die Länge gezogen. Es brauchte Geduld. Die Planung und Umsetzung dieser Massnahmen liegen in der Hoheit des Kantons. In diesem Sinne handelt es sich eigentlich um eine unechte Motion. Die Gemeinde kann ihre Anliegen nur einbringen, aber letztendlich muss der Kanton planen und umsetzen. Bei der Gestaltung der Ober-

landstrasse hat der Kanton mehrere Varianten geplant und geprüft. Bei dieser Planung wurden unter anderem Vertretungen aus den Parteien und Gewerbe, aber auch Procap und die Fachstelle für Langsamverkehr des Kantons Bern einbezogen und konnten ihre Anliegen einbringen. Die Planung ist nun mit der Genehmigung des Strassenplanes zur Umgestaltung der Oberlandstrasse zum Abschluss gekommen. Es ist zu hoffen, dass diese im Jahr 2023 umgesetzt wird. Damit ist dieser Teil der Motion erfüllt. Die Motionen Feuz und Ritter betreffend Querungshilfen Obere Bahnhofstrasse/Turnhallenstrasse sind noch offen und nicht Teil dieser Motion. In einem weiteren Punkt wird bei dieser Motion gefordert, dass eine Arbeitsgruppe für die Schulwegsicherung eingesetzt wird. Diese Arbeitsgruppe zur Schulwegsicherung besteht schon seit 1998. Diese wurde schon vor der Einreichung der Motion eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe prüft und plant die verkehrssichernden Massnahmen, Anliegen fliessen über die Schulleitungen hinein und auch Pro Velo Region Thun kann Anliegen einbringen. Aufgrund des genehmigten Budgets stehen CHF 20'000 für Massnahmen zur Verfügung. Diese werden nach Prioritäten umgesetzt. Mit diesem Budget werden kleine Verkehrsinseln, Markierungen, Absperrungen etc. vorgenommen. Grössere bauliche Massnahmen erfolgen im Zusammenhang mit Strassensanierungen durch den Tiefbau. Deshalb müssen diese Projekte koordiniert und abgesprochen werden. Die Schulwegsicherung ist auch ein Thema bei Baustellen. Die Sicherheitskommission steht übergeordnet zuständig für die Verkehrssicherheit und Signalisation. In dieser Kommission sind fast alle Parteien vertreten. Es ist wichtig, dass die Mitglieder der Sicherheitskommission ihre Beobachtungen und Anliegen in die Kommission einbringen. Eltern können ihre Meldungen zum Schulweg über die Schulleitungen einbringen oder sich direkt bei der Abteilung Sicherheit melden. Eine wichtige Zusammenarbeit besteht zwischen den Abteilungen Sicherheit, Bildung und Tiefbau, welche sich mit diesem Thema beschäftigen. Aus dem überparteilichen Mobilitätsausschuss, welcher durch Jolanda Brunner geleitet wird, ist eine Arbeitsgruppe erwachsen, welche eine Bedarfsanalyse der Velofahrenden in Spiez erhoben hat. Durch Sepp Zahner und Barbara Feuz erhofft sich die Abteilung Sicherheit Ansprechpersonen im Bereich Langsamverkehr. Leider hat dies in den letzten Jahren gefehlt, da es keine Vertretung mehr gab durch die IG Velo. Ein erster Austausch ist geplant auf Anfang März. Es soll geklärt werden, wie die zukünftige Zusammenarbeit gestaltet werden soll. Hier wird es nicht nur um Schulweg, sondern um den Langsamverkehr insgesamt gehen. In Anbetracht, dass die Arbeitsgruppe Schulwegsicherung schon seit 1998 eingesetzt ist und die Planung der Lötschbergkreuzung als Teil von «Let's swing» durch den Kanton abgeschlossen ist, kann der Abschreibung der Motion Schulwegsicherung zugestimmt werden. Die Sicherheitskommission hat der Abschreibung ebenfalls zugestimmt. Die Schulwegsicherung ist ein stetiges Thema.

Fraktionssprecher

Benjamin Ritter (GS): Er beginnt mit der Stellungnahme der Motionärin Jovita Wenger: Diese hat vor 20 Jahren bereits gesagt, dass sie allen Beteiligten dankt für den Einsatz und die Antworten. Die Motion wurde anschliessend vom GGR überwiesen. Man ist der Ansicht, dass die Angelegenheit im Jahr 2003 eigentlich erledigt gewesen wäre. Wenn man aber den Stand heute betrachtet, ist dies nicht mehr so. Punkt 1 ist, dass der Veloweg Seite Rox Richtung Bahnhof sinnvoller wäre als auf Seite Coop. Dies wurde akzeptiert und als gut empfunden. Aber genau dieser Punkt fehlt im nun genehmigten Strassenplan. In diesem ist kein Veloweg mehr verzeichnet, obschon die Strassenbreite nicht verändert wurde. Punkt 2 betrifft die Arbeitsgruppe Schulwegsicherung. Er dankt Pia Hutzli für die Ergänzungen betreffend Einsitz einer Vertretung von Pro Velo oder ähnlichem, jedenfalls mit Leuten, welche sich für den Veloverkehr einsetzen. Stand heute ist dies nicht der Fall. Auch in der Antwort des Gemeinderates ist kein Vertreter von Pro Velo erwähnt. Man ist der Ansicht, dass alle Verkehrsteilnehmende Rücksicht auf alle andere Verkehrsteilnehmende nehmen müssen. Die Schwächeren müssen aber geschützt werden. Man fragt sich aber, wie sich die Gemeinde und wir uns alle für den Langsamverkehr einsetzen können. Vor allem dann, wenn der Boden nicht der Gemeinde gehört. Wie kann man schauen, dass zum Beispiel vor dem Schulhaus Hofachern beim Einbau eines neuen Belages wenigsten ein Polizist dort steht, wenn der Fussgängerstreifen noch nicht aufgemalt ist und die Fussgängerschilder noch abgedeckt sind. Ein anderes Beispiel an der Oberen Bahnhofstrasse, wo die BLS neue Bäume gepflanzt hat und wegen den Wurzeln kein Rad- oder Rollstuhlfahrer mehr durchkommt und die Fussgänger den Kopf am Veloständer anschlagen. Diese Massnahme kommt nicht von der Gemeinde, betrifft aber am Schluss uns. Es stellt sich die Frage, wie man mit solchen Situationen umgeht und wie man sich

einsetzen kann. Er möchte jeweils wissen, warum es zu solchen Situationen kommt. Bei dieser Motion geht es in erster Linie um die Schulwegsicherung. Die GS-Fraktion ist der Ansicht, dass diese Motion Stand heute nicht abgeschrieben werden kann. Es fehlt der Velostreifen beim Rox und es fehlt eine Vertretung im Ausschuss Schulwegsicherung aus dem Bereich Langsamverkehr. Wenn diese Punkte erfüllt werden können, kann über eine Abschreibung gesprochen werden. Die GS-Fraktion beantragt deshalb, die Motion nicht abzuschreiben, auch wenn diese über 20 Jahre alt ist.

Barbara Feuz (SP): Es handelt sich um eine sehr wichtige Motion, wie dies Pia Hutzli bereits ausgeführt hat. Das Thema ist aktuell und wird auch immer aktuell sein. Das Wichtigste ist, dass man als Gemeinde sagen kann, dass man alles unternommen hat, um solch schlimme Unfälle, welche damals passiert sind und der Ursprung dieser Motion waren, zu verhindern. Es war spannend in eine Zeit abzutauchen und zu sehen, welche Leute damals aktiv waren. Vieles ist seither passiert. So zum Beispiel der Radfahrtest für die Schulkinder sowie die Sensibilisierung der Schulkinder für Gefahren. Die SP-Fraktion war sich nicht einig. Auf der einen Seite war man der Ansicht, dass es sich um eine alte Motion handelt, welche nun einmal abgeschrieben werden sollte. Auf der anderen Seite sind offene Fragen geblieben, wie zum Bespiel die Zusammensetzung des Ausschusses Schulwegsicherheit. Dort sind keine Fachleute vertreten, welche das Fachwissen der Velosicherheit mitbringt. Hier sollte man daran denken, dass immer eine Vertretung aus diesem Bereich Einsitz hat und mitdenkt. Beim massiv gekürzten Budget von jetzt noch CHF 20'000 stellt sich die Frage, ob dies reicht, um die wichtigsten Massnahmen umzusetzen. Wie läuft die Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss Schulwegsicherheit und der Abteilung Bildung. Die Abteilung Bildung ist scheinbar nicht in diesem Ausschuss vertreten. Wie wird sichergestellt, dass nichts vergessen geht. Es gibt noch weitere offene Fragen, zum Beispiel wie die Sicherheit des Langsamverkehrs während der Umgestaltung der Oberlandstrasse aussieht. Aufgrund der veränderten Situation auch in Bezug auf E-Velos wird die SP-Fraktion eine neue Motion zu diesem Thema ausarbeiten.

Ulrich Zimmermann (SVP): Es besteht kein Zweifel, dass die schwächeren Verkehrsteilnehmenden geschützt werden müssen. Barbara Feuz hat ausgeführt, dass eine neue Motion geplant ist und er denkt, dass diese zeitgemässer sein wird, was die Fragestellungen angeht. Er ist überzeugt, dass die Fachleute mit grosser Ernsthaftigkeit diese Fragen prüfen. Ausserdem geht es mit dem Projekt «Let's swing» weiter. Deshalb sollte diese alte Geschichte ad acta gelegt werden und man freut sich auf das neue Anliegen.

Pia Hutzli: Zum Votum von Barbara Feuz ergänzt sie, dass im Ausschuss Schulwegsicherung die Abteilung Bildung auch vertreten ist. Dies ist sehr wichtig. Beim Teil der Motion betreffend Gestaltung Lötschbergplatz hat die Gemeinde keinen Handlungsspielraum, da der Kanton diese Gestaltung umsetzt. Die Gemeinde konnte lediglich ihre Anliegen einbringen.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion J. Wenger (JL/GFL-Fraktion) betreffend Schulwegsicherung in der Gemeinde Spiez wird als erfüllt abgeschrieben.

89 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen Überprüfung der Behörden und Verwaltungsorganisation / Abschreibung überparteiliches Postulat (A. Grünig)

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Stellungnahme des Postulanten

Andreas Grünig: Es handelte sich ursprünglich um eine Motion, welche nachträglich in ein Postulat umgewandelt wurde. Es handelt sich wohl auch um ein «never ending» Thema. Für ihn ist das Postulat erfüllt und kann abgeschrieben werden. Einige Themen müssen wohl auch in Zukunft näher betrachtet werden. Es steht dem GGR das Mittel von neuen parlamentarischen Vorstössen immer offen. Deshalb plädiert er dafür, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Das überparteiliche Postulat (A. Grünig) betreffend Überprüfung der Behörden und Verwaltungsorganisation wird als erfüllt abgeschrieben.

90 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen ÖV-Verbindung Bucht - Bahnhof / Abschreibung Postulat EVP-Fraktion (M. Wenger)

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen

Fraktionssprecher

Andreas Blaser (EVP): Es ist erfreulich, dass diese Linie nun funktioniert. Es wurde aber festgestellt, dass der Bus praktisch immer leer ist. Man hat sich überlegt, wie man dieser Tatsache entgegenwirken könnte. Man hat sich gefragt, ob es überhaupt einen Fahrplan gibt und die Leute von diesem Angebot Kenntnis haben. Er hat auch nichts gefunden. Eine Idee wäre die Platzierung eines Fahrplanes beim WC in der Nähe des Spielplatzes. Ein weiterer Vorschlag wäre, dass alle hier einmal mit diesem Bus fahren. Dann hätten rund 40 Personen dieses Angebot genutzt.

Bernhard Stöckli (GS): Er hat sich mehr erhofft von der Partei des Postulanten und er wollte auch grosse Töne dazu abgeben. Er hat den neuen BLS-Seepass mitgebracht. Dies ist ein neues Produkt der BLS-Schifffahrt für den Thuner- und Brienzersee. Dieser kostet CHF 130 und mit diesem kann man das ganze Jahr 1. Klasse Schiff fahren so viel man will. Die BLS hat ausgeführt, das Produkt nur dann anzubieten, wenn 1'000 Stück verkauft werden. Er hat diesen Pass vor einem halben Jahr bestellt, damals waren rund 400 Stück verkauft. Einige Wochen später waren bereits über 3'000 Stück verkauft. Nun ist der Zähler nicht mehr ersichtlich und er hat nicht herausgefunden, wie viele tatsächlich verkauft wurden. Man muss sich vorstellen, dass es sich um ein GA für Schifffahrten 1. Klasse handelt und über 3'000 Stück verkauft wurden. Das bedeutet, dass Leute kommen werden, hoffentlich mit dem öV, um auf diesen Schiffen zu fahren. Damit ist auch zu hoffen, dass diese Busverbindung häufiger benutzt wird. Der Mobilitätsausschuss, welcher von Jo-

landa Brunner präsidiert wird, hat sich bei der Postauto AG für diese Buslinie eingesetzt. Dabei war auch immer die Rede von einer zweiten Buslinie Spiezwiler-Hondrich im Stundentakt. Für diese Buslinie hat es offenbar nicht mehr gereicht. Zu Handen von Jolanda Brunner wollte er ausführen, dass man dort auch am Ball bleibt, damit man für die Bevölkerung der Bäuerten Spiezwiler und Hondrich eine solche Busverbindung umsetzen kann.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat der EVP-Fraktion (M. Wenger) betreffend öV-Verbindung Bucht – Bahnhof wird als erfüllt abgeschrieben.

91 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen Neueingänge parlamentarischer Vorstösse

Es sind keine neuen parlamentarische Vorstösse eingereicht worden.

Schluss der Sitzung: 20:35 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES Der Präsident Die Sekretärin

O. Diesbergen T. Brunner